

Wiesbaden/Heidelberg, den 30. November 2004
ufo

„Wertedebatte ohne Kulturchauvinismus statt Verrat an Demokratie!“

Bundesausländerbeirat wirft Union und Rot-Grün Heuchelei in der Integrationsdebatte vor. Auch mit dem Patriotismus-Gerede werden Spitzenpolitiker in Berlin, München und Wiesbaden zu Wegbereitern neuer Gewalt gegen Ausländer. Unselige Erinnerungen an die Asyldebatte vor 12 Jahren: Vorsicht vor erneuter geistiger Brandstiftung. Forderung nach Wertedebatte ohne Kulturchauvinismus.

Der Bundesausländerbeirat hat die Patriotismus-Debatte scharf kritisiert. Sie sei geeignet, eine „neue Spielwiese für geistige Brandstifter zu etablieren“, sagte deren Vorsitzender Memet Kilic in Heidelberg. Wieder sei ein Begriff aus der Schublade „hervorgekramt worden, der von tief greifender Ohnmacht im Politischen ablenken soll.“ Kilic wörtlich: „Man verbindet Absurdes und Abstruses, sagt Patriotismus und Integration und meint, die Ausländer sind letztlich an allem Übel dieser Tage schuld.“

Die gegenwärtige Hysterie um den angeblich richtigen Weg zur Integration in Deutschland dürfe nicht mit immer neuen abseitigen Vorschlägen angeheizt werden, forderte der Bundesausländerbeiratsvorsitzende. Derzeit werde das interkulturelle Leben Deutschlands zum karikaturisierten Schimpfwort ‚Multi-Kulti‘ degradiert. Ein bössartiger Zungenschlag gerade von denen, die sich jahrzehntelang der Einwanderungsrealität verweigerten und - statt integrationspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen - Migrationspolitik ausländerrechtlich zu regeln suchten.

Memet Kilic betonte: „Wir lassen uns nicht zu Opfern einer scheinheiligen und fragwürdigen politischen Debatte machen, die mit der Lebenswirklichkeit in unserem Land rein nichts zu tun hat!“

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37

Wer derart negativ über die unbestreitbaren Integrationsleistungen der allermeisten Migranten in der Bundesrepublik herziehe, der riskiere ganz bewusst, dass der Hass wieder wächst und sich viele Migranten von unserer Gesellschaft abwenden. „Sie gefährden mit solchen Debatten den inneren Frieden und provozieren geradezu, dass sich gerade junge Migranten von radikalen Organisationen angezogen fühlen. Mit dieser Art, Politik zu machen, begehen die Union und auch einige verwirrte Spitzenpolitiker von Rot-Grün Verrat an der Demokratie und unseren Grundwerten. Denn deren ehrenhaftes Wesen ist die Kultur des Dialogs und nicht die Pflege des Primitiven!“ Notwendig sei vielmehr eine Wertedebatte ohne Kulturchauvinismus.

Wie unsinnig die Diskussion sei, zeigten die jüngsten Vorschläge des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber sehr deutlich. Der CSU-Vorsitzende kenne sich offenbar nicht im deutschen Schulrecht aus. Kilic stellte klar: „Eine Schulpflicht gibt es für alle Kinder in Deutschland!“ Und auch das Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz wird von jedem Einbürgerungswilligen längst schriftlich verlangt. Der mündliche Eid sei im Vergleich zur bestehenden Regelung nur ein billiges Ritual.

Kilic: „Der Verdacht drängt sich auf, dass hier eine Debatte künstlich am köcheln gehalten werden soll, die über die neuesten Grausamkeiten der großen, sozial einschneidenden Reformen für die Menschen hinwegretten soll. Wieder einmal müssen wir herhalten für misslungene Politik! Eine Stellvertreterdebatte. Damit die Deutschen abermals einen schwarzen Peter finden können, auf den sie all ihren Frust abladen können.“

Doch diese Strategie sei mehr als durchsichtig und schade dem Ansehen Deutschlands. Für den Bundesvorsitzenden ist das „Zündeln in der Krise!“. Man müsse sich irgendwann nicht mehr wundern, „wenn aufgrund solcher Debatten in Deutschland wieder Häuser brennen und der neu aufgewühlte Hass in Gewalt gegen Ausländer umschlägt. Wie bei der Asyldebatte vor 12 Jahren.“ Kilic warnte ausdrücklich davor, mit diesen „sinnlosen Integrationsdebatten“ in die Hände von Rechtsradikalen zu spielen.

Über neue Integrationsideen lasse sich vernünftig diskutieren. „Und es gibt tatsächlich noch einige Mängel in dieser Hinsicht aufzuarbeiten“, betonte Kilic. „Wer es wirklich ernst meint, hetzt Deutsche und Migranten nicht weiter gegeneinander auf, sondern trägt dazu bei, dass das Klima alle beflügelt, an mehr Integration zu arbeiten.“

„Politischer Unsinn wird nicht dadurch richtiger, indem er zigfach medial wiederholt wird. Es ist Zeit, dass mancher in Berlin endlich zum Vorbild wird und rassistischen Tendenzen nicht ständig neue Nahrung gibt. Wähler zurückgewinnen wird das unverantwortliche Getöse der etablierten Politik jedenfalls nicht.“